

Die reale Chance zum Atomausstieg

Autor(en): **Zimmermann, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340852>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kein Spaltpilz

3 x Ja

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer lehnt die Atomenergie ab. Mindestens 70 Prozent der Stimmberechtigten sind, gemäss Umfragen, dagegen. Deshalb dann 3 x Ja und nicht nur ein Ja schwergewichtig für den Ausstieg? - Die Abstimmung vom 23. September droht das Atomskeptikerpotential zur "Mitte" hin aufzuspalten. Zwar ist die Mehrheit klar gegen die Atompolitik. Ob diese Mehrheit nun aber logischerweise den Ausstieg wählt oder das weniger konsequente und kurzfristiger angelegte Moratorium, ist offen. Es geht deshalb darum, das Potential zusammenzuhalten, nicht in bessere oder schlechtere Atomgegnerinnen und -gegner aufspalten zu lassen, sonst könnten beide Hälften letztlich in die Minderheit versetzt werden. Das ist die erklärte Absicht der Atomlobby. Deshalb auch der gemeinsame Abstimmungstermin und erst noch die Koppelung mit dem Energieartikel. Damit verunsichert man die Stimmbürgerschaft noch mehr. Weil drei bessere Alternativen zum Nichts von heute angeboten werden, stellt sich möglicherweise eine Art Qual der Wahl. Deshalb spricht sich die Wirtschaft und die politische Rechte auch klar gegen alle drei Vorlagen aus, um jeden energiepolitischen Fortschritt endgültig vom Tisch zu bekommen. Die Antwort der Sozialdemokratie kann so nur 3 x Ja sein gemeinsam mit den Umweltorganisationen. Die 3 Ja konkurrenzieren sich nicht. Sie bringen alle einen Fortschritt. Werden sie nicht auseinanderdividiert, haben wir einen grossen, einen Jahrhundertfortschritt erreicht.

Die reale Chance zum Atomausstieg

Von Rolf Zimmermann,
Pressesekretär SPS

Das Abstimmungswochenende vom 23. September bringt im doppelten Sinne des Wortes einen Jahrhundertentscheid: Wir haben nicht nur die Gelegenheit, der seit Jahren blockierten Energiepolitik des Bundes die für das ausgehende 20. Jahrhundert entscheidende (atomfreie) Wende zu geben; wir können damit auch den Generationen der kommenden Jahrhunderte die nicht zu bewältigende Last von nicht selbstverschuldeten, giftigen und jahrtausendlang radioaktiv strahlenden Atomabfällen abnehmen.

Die Energiepolitik gehört zu den traurigen Kapiteln der Schweizer Politik: In kaum einem anderen Gebiet liegen so viele taugliche Problemlösungsvorschläge auf den Tischen der Behörden, jedoch ebensowenig ist effektiv passiert. Die politische Effizienz ist gleich Null. Mit einem Ja zur Ausstiegsinitiative bzw. 3 x Ja zu allen drei Energievorlagen (Ausstieg, Moratorium und Energieartikel) wird der bürgerlich geprägte eidgenössisch-energiepolitische Schlendrian definitiv aufhören.

Wir erinnern uns: Der Erdölchock von 1973 hat zwar zuerst wirksame Sofortmassnahmen (z.B. die Sonntagsfahrverbote) gebracht. Aber bereits die Gesamtenergiekonzeption (GEK) von 1975 atmete bereits wieder die Luft wachstumsgläubiger und

energieverschleissender Technokratie: Trotz Kaiseraugst-Protest, setzte die offizielle Schweiz auf die Atomenergie. Gleichzeitig hat die Atomskopsis begonnen und ist seither ständig gewachsen. 1978 veröffentlichten die Umweltorganisationen ihre überzeugende Studie "Jenseits der Sachzwänge" für Energiesparen und gegen die Atompolitik. Im gleichen Jahr wandte sich die SP Schweiz an ihrem Basler Parteitag von der Atomenergie ab. Die erste Antiatominitiative scheiterte 1979 knapp. Kurz vor der Katastrophe in Harrisburg! Die zweite Atominitiative fand 1984 keine Mehrheit. Sie hat jedoch auf der Befürworterseite erste Studien (Infras) hervorgebracht, die bereits nachgewiesen haben, dass eine Schweiz ohne Atomkraftwerke bis zum Jahr 2020 ohne Komforteinbusse energiepolitisch möglich wäre. Die zehn Jahre des unbeugsamen Widerstands der Bevölkerung der Nordwestschweiz konnten in der Zwischenzeit trotz Abstimmungsniederlage den geplanten AKW-Bau in Kaiseraugst faktisch verhindern. Der effektive und teuer bezahlte Verzicht des Parlaments erfolgte dann zwingend 1989, brachte aber energiepolitisch keine positive Wende. Die bürgerliche Mehrheit in diesem Land schwört weiterhin gläubig auf den Knien vor den Gewaltigen der Elektrizitätswirtschaft und ohne brauchbare Konzepte oder Analysen auf die Atomenergie.

Die Bevölkerung denkt um

Demgegenüber sind heute, gemäss Umfragen, um die 70 Prozent der Schweizer Bürgerinnen und Bürger gegen den Bau von Atomkraftwerken. Die Katastrophe von Tschernobyl Ende April 1986 brachte die Leute endgültig zum Umdenken. Aber auch die Behörden haben, ähnlich wie bei der Ölkrise von 1973, zuerst die Alarmglocke betätigt. Die Eidgenössischen Räte leisteten sich eine Sondersession, und der Bundesrat setzte die Expertengruppe "Energieszenarien" (EGES) ein. Die SP Schweiz gab den Anstoss zur Volksinitiative für den "Ausstieg aus Atomenergie". Sie ist daraufhin von den Umweltorganisationen und dem gesamten rot-grünen Parteienspektrum lanciert worden. Noch vor

Tschernobyl startete die Initiative "Stopp dem Atomkraftwerkbau" (Moratorium). Beide Volksbegehren sind in kürzester Zeit zustand gekommen.

Auch die EGES-Experten des Bundes arbeiteten gründlich. Sie wiesen in verschiedenen Szenarien nach, dass der Ausstieg aus der Atomenergie bei gleich hohem Lebensstandard gut machbar ist und keine zusätzlichen Umweltbelastungen (Luftverschmutzung, Kohlendioxid) brächte. Die EGES-Szenarien zeigen zudem, dass die bisherige Energiepolitik nur ins Abseits führen kann.

Umdenken in der Bevölkerung und Expertenarbeit haben trotzdem keine entsprechende neue Energiepolitik gebracht. Im Gegenteil: Bundesrat und

Parlament verharren in der "Fiktion Kernenergie" (ohne aktuell machbare Standorte und ohne Lösung des nuklearen Abfallproblems) und überspielen die nicht vorhandene Energiesparpolitik mit PR-Appellen des Energieministers Ogi u.a. für energiebewusstes Eierkochen. Die dringend nötige Wende für eine umweltgerechte sowie für die nähere und weitere Zukunft auch sozialverträgliche und menschengerechte Energieversorgung der Schweiz muss die kommende Abstimmung bringen. Der systematische und geordnete Atomausstieg der Schweiz würde, nach dem bereits in Schweden beschlossen, auch international ausstrahlen. Die Schweiz hat heute - risikoreicher Rekord! - den dichtesten Atomkraftwerkbestand der Welt.



Der Entscheid ist abgesichert

Alle vorhandenen Studien beweisen die Machbarkeit des Ausstiegs gemäss Initiative. Noch selten dürfte ein politischer Entscheid mit Planungsstudien so abgesichert gewesen sein wie dieser. Der Initiativtext verlangt keine neuen und keine erneuerten Atomkraftwerke. Das heisst, der Atomausstieg dauert bis zirka ins Jahr 2025. Die Schweden geben sich nur Zeit bis 2010. In den kommenden gut 30 Jahren (und nicht sofort, wie die Atomlobby dauernd behauptet) müsste die Schweiz 40 Prozent ihres Stromverbrauchs alternativ decken oder einsparen.

Die EGES hat gezeigt, dass das ohne Komfortverzicht problemlos geht. Das Spar- und Substituierpotential ist, gemäss den Experten, sogar noch grösser: Der Stromexportüberschuss beläuft sich durchschnittlich auf gut 20 Prozent, der Ersatz von stromfressenden Elektrospeicherheizungen durch Wärmepumpen spart 10 Prozent, Spartechniken bei Lampen und Motoren brächten mindestens weitere 30 Prozent, und schliesslich werden die Alternativenenergien (Sonne, Wind, Wärme/Kraft-Koppelung) jedenfalls weitere 20 Prozent Sparpotential beitragen können. Es reicht also ohne Not. Not brächte vielmehr das immer wieder verharmloste Restrisiko, wie uns die himmelschreiende Situation in der Ukraine seit Tschernobyl tagtäglich zeigt.

Der Ausstieg nützt der Wirtschaft. Während die Option Kernenergie bedeutet, dass die Schweizer Wirtschaft vermehrt auf ausländische Grosstechnologie abstellen muss und ein bedeutendes Investitionsvolumen von einzelnen Grossprojekten blockiert wird. Der Ausstieg heisst demgegenüber Einstieg in neue zukunftssträchtige Spar- und Produktionstech-

niken. Viele Gross- und Kleinbetriebe erhielten gemäss einer Prognose-Studie wichtige Innovationsimpulse, die sich breit auswirken dürften. Einzig einige stromintensive Branchen hätten wohl Umstrukturierungsprobleme zu meistern, die sich aber mit Blick auf die internationale Arbeitsteilung (z.B. in der Papierindustrie) so oder so stellen.

Insgesamt schafft die systematische Ausstiegspolitik mit dem Investitionskapital für ein AKW Arbeit für 160'000 Menschenjahre, während der Atompfad (auch mit dem Bau eines AKW) lediglich ein gutes Viertel (48'000 Menschenjahre) davon schaffen kann. Und die Energiebilanz ist gemäss den selben Berechnungen ebenso positiv: Während ein AKW vom Typ Leibstadt jährlich Energievolumen von 600'000 Tonnen Öl produzieren kann, sparen die gleich hohen Spar- und Alternativtechnikinvestitionen insgesamt 980'000 Tonnen Öl ein!

Luft: Die Lügen der Atompropagandisten

Nur der Ausstieg bringt auch saubere Luft. Entgegen anderslautenden Behauptungen, bringt der Atomausstieg keine schlechtere Luftqualität, insbesondere nicht mehr Kohlendioxid, das wegen des Treibhauseffekts zur Klimakatastrophe führen könnte. Im Gegenteil: Die EGES-Studien haben gezeigt, dass der Atompfad über 9 Prozent mehr Kohlendioxid zur Folge haben wird, während die Ausstiegsszenarien es um 10 Prozent reduzieren würden.

Die Antwort auf die Kohlendioxidzunahme ist nicht der Atomstrom, sondern das Energiesparen. Das sagen auch besonnene Atombefürworter. Eine effektive Energiesparpolitik erzwingt nur die Ausstiegsinitiative.

Raus aus der Sackgasse

Aus der Atomenergie ist eine Sackgasse, weil ihre Risiken viel zu hoch und unberechenbar sind, geworden. "Tschernobyl" im ältesten und unsichersten Schweizer Reaktor Mühleberg bei Bern würde das halbe Mittelland sozusagen unbewohnbar machen. Die hiesigen AKW sind zwar im Detail anders als sowjetische oder amerikanische, sicherer sind sie aber nicht. Die totale Sicherheit gibt es nicht. Und ein AKW-Unfall wirkt katastrophaler als herkömmliche technische Katastrophen, bringt unwiderrufliche Dauerschäden für die Umwelt, die menschliche Gesellschaft und die Wirtschaft. Wir dürfen uns ein zweites Tschernobyl nicht leisten. Das heisst, wir dürfen uns die AKW-Technik nicht mehr leisten. Sie ist den kommenden Generationen gegenüber verantwortungslos, welche den strahlenden Atommüll über Jahrtausende sicher lagern müssten. Ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Option Atomenergie ist eine Fiktion. Sie wird nur deshalb weiterverfolgt, weil die Elektrowirtschaft kurzfristig immense Gewinne daraus ziehen kann. Wählen wir den realistischen und langfristig verantwortungsvollen sowie Mensch und Natur angepassten Weg mit dem Ausstieg. Deshalb 3 x Ja am 23. September.